Mehr als 100.000 Verschwundene

29.08.2022 12:19

Frauen des Kollektivs "Rastreadoras de El Fuerte" suchen im Bundesstaat Sinaloa nach sterblichen Überresten ihrer Angehörigen. Foto: Florian Kopp/Brot für die Welt

Deutsche Menschenrechtskoordination Mexiko: Um gewaltsames Verschwindenlassen wirksam zu bekämpfen, muss Mexiko rechtsstaatliche Strukturen stärken

— Pressemitteilung zum Internationalen Tag der Opfer des Verschwindenlassens am 30. August —

Berlin, 29. August 2022. Es war ein Staatsverbrechen. Mitte August erklärte die Wahrheitskommission zum Fall Ayotzinapa in ihrem vorläufigen Bericht, dass Vertreter*innen verschiedener Institutionen an dem gewaltsamen Verschwindenlassen der 43 Studenten im September 2014 beteiligt waren. Hinweise darauf, die Studenten lebend wieder zu finden, gebe es keine. Für die Angehörigen ist dies eine schlimme Nachricht. Bisher galt, dass die Studenten unter der Prämisse gesucht wurden, sie könnten noch leben. Bereits im April dieses Jahres hatte der 3. Bericht der internationale Expert*innengruppe GIEI auf die Verwicklung von Militärs und Sicherheitskräften hingewiesen. Ayotzinapa ist ein emblematischer Fall, der für das Schicksal vieler Verschwundener in Mexiko steht. Doch es ist bei Weitem nicht der einzige.

Zum Internationalen Tag der Opfer des Verschwindenlassens veröffentlicht das Netzwerk „Deutsche Menschenrechtskoordination Mexiko“ ein Factsheet, um die Hintergründe der Situation darzulegen. „Die Krise des Verschwindenlassens in Mexiko sorgt für tiefen Schmerz bei tausenden Familien, die täglich nach ihren Angehörigen suchen und dabei auf die Unterlassung und Nachlässigkeit der Behörden stoßen“, sagt Santiago Aguirre Espinosa, Direktor des mexikanischen Menschenrechtszentrums Miguel Agustín Pro Juárez.

„Auf juristischer und institutioneller Ebene hat Mexiko in den vergangenen Jahren einige Fortschritte erzielt“, betont Kristina Stier von Brot für die Welt. „In der Praxis bestehen jedoch noch enorme Hürden für ein koordiniertes und konsequentes Vorgehen gegen das Verbrechen.“ Um gewaltsames Verschwindenlassen wirksam zu bekämpfen, müsse das Land rechtsstaatliche Strukturen stärken sowie der hohen Straflosigkeit und Korruption entgegenwirken.

„Die deutsche Bundesregierung leistet bei der Stärkung der Rechtsstaatlichkeit und Identifizierung von Opfern in Mexiko bereits Unterstützung“, erklärt Françoise Greve, Koordinatorin der Deutschen Menschenrechtskoordination Mexiko. „Sie sollte sich weiterhin dafür einzusetzen, um Gewaltverbrechen und insbesondere Fälle gewaltsamen Verschwindenlassens aufzuklären und künftig zu verhindern.“

Im Mai dieses Jahres überschritt Mexiko offiziell die Zahl von 100.000 Personen verschwunden Personen. Über 98 Prozent der Fälle sind seit 2006 zu verzeichnen, als der damalige Präsident Felipe Calderón den Drogenkartellen den Krieg erklärte.

Pariser Str. 13 • D - 81667 München
info@oeku-buero.de
fon: +49 89 448 59 45

Bankverbindung: Stadtsparkasse München
IBAN: DE 65 7015 0000 0056 1762 58
BIC: SSKMDEMM

www.oeku-buero.de

Ansprechperson:

Tobias Lambert, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Deutsche Menschenrechtskoordination Mexiko,

Tel: +49 (0)157 – 71 73 08 93 / presse@mexiko-koordination.de

Die Deutsche Menschenrechtskoordination Mexiko ist ein Netzwerk von:

Lateinamerika-Hilfswerk Adveniat, Amnesty International Deutschland, Brot für die Welt, CAREA e.V., Initiative Mexiko (INIMEX), México vía Berlin e.V., Mexiko-Initiative Köln/Bonn, Bischöfliches Hilfswerk MISEREOR, Missionsprokur der deutschen Jesuiten, Franziskaner Helfen, Ökumenisches Büro für Frieden und Gerechtigkeit e.V., Pacta Servanda e.V., Partner Südmexikos e.V., pax christi Kommission Eine Welt, , Promovio e.V., Welthaus Bielefeld, Zapapres e.V.

Dokumente als PDF

- PM Verschwindenlassen.pdf (60,3 KiB)
- Factsheet_Verschwindenlassen-Mexiko_August-2022.pdf (1,7 MiB)

Zurück zur Newsübersicht

Pariser Str. 13 • D - 81667 München
info@oeku-buero.de
fon: +49 89 448 59 45

Bankverbindung: Stadtsparkasse München
IBAN: DE 65 7015 0000 0056 1762 58
BIC: SSKMDEMM

www.oeku-buero.de